

Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



Mexiko

Gesamtaktualisierung am 12.9.2025

Aktualität überprüft am XX.XX.XXXX

letzte Kurzinformation eingefügt am XX.XX.XXXX

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EASt, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Dieses Produkt ist als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entwickelt worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalzitaten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Qualitäts- und Aktualisierungshinweis

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Eine Aktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf auf Anfrage. Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

Inhaltsverzeichnis

1.	Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....	4
2.	Politische Lage.....	5
3.	Sicherheitslage.....	5
4.	Rechtsschutz / Justizwesen.....	6
5.	Sicherheitsbehörden.....	8
6.	Folter und unmenschliche Behandlung.....	9
7.	Korruption.....	10
8.	Wehrdienst und Rekrutierungen.....	11
9.	Allgemeine Menschenrechtslage.....	12
10.	Haftbedingungen.....	13
11.	Todesstrafe.....	14
12.	Religionsfreiheit.....	15
13.	Minderheiten.....	16
14.	Relevante Bevölkerungsgruppen.....	17
14.1.	Frauen.....	17
14.2.	Kinder.....	18
14.3.	Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten.....	19
15.	Bewegungsfreiheit.....	20
16.	Grundversorgung und Wirtschaft.....	20
17.	Medizinische Versorgung.....	22
18.	Rückkehr.....	24

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen

Keine aktuellen Kurzinformationen vorhanden.

2. Politische Lage

Die Vereinigten Mexikanischen Staaten sind eine föderal strukturierte Präsidentialrepublik mit 32 Bundesstaaten. Die Verfassung von 1917 garantiert moderne Grundrechte und einen demokratischen Rechtsstaat. Das mexikanische Parlament besteht aus zwei Kammern (Senat und Abgeordnetenhaus); derzeit sind dort sieben Parteien vertreten (AA 27.2.2024). Mexiko ist seit 2000 eine Wahldemokratie, und sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene wechselt sich die Macht zwischen den Parteien ab, obwohl die linksgerichtete Nationale Regenerationsbewegung (MORENA) in den letzten Jahren an Dominanz gewonnen hat. Das Land leidet unter gravierenden Defiziten in der Rechtsstaatlichkeit, die die uneingeschränkte Ausübung der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten durch die Bürger einschränken (FH 2025).

Im September 2024 verabschiedete der Kongress eine Reihe von Verfassungsänderungen, die Andrés Manuel López Obrador (Präsident von 2018-2024, Anm.: Partei MORENA) vorgeschlagen hatte, darunter eine Ausweitung der Rolle des Militärs bei der Polizeiarbeit und eine umfassende Reform des Justizsystems, die Missbräuche perpetuieren und die Rechtsstaatlichkeit ernsthaft untergraben könnten (HRW 16.1.2025).

Präsidentin Claudia Sheinbaum Pardo (Anm.: Partei MORENA), die im Oktober 2024 ihr Amt antrat, erbte eine Menschenrechtskrise, die auf extreme Gewalt durch organisierte kriminelle Gruppen und weit verbreitete Missbräuche durch Staatsbedienstete zurückzuführen ist, die nahezu straffrei bleiben. Ihr Vorgänger López Obrador erzielte bei der Bewältigung dieser Herausforderungen nur geringe Fortschritte (HRW 16.1.2025).

Quellen:

- AA - Auswärtiges Amt [Deutschland] (27.2.2024): Mexiko: Politisches Porträt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/mexiko-node/politisches-portraet-213722>, Zugriff 1.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 1.9.2025
- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120101.html>, Zugriff 1.9.2025

3. Sicherheitslage

In vielen Teilen Mexikos gibt es extrem hohe Raten von Gewaltverbrechen, darunter auch Mord. Sechs Städte verzeichneten im Jahr 2022 Mordraten von über 100 pro 100.000 Einwohner. Auf nationaler Ebene sank die Mordrate leicht, zum dritten Mal in Folge, von 25,9 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2022 auf 24,9 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2023, obwohl die Zahl der gemeldeten Vermisstenfälle gestiegen ist. Sicherheitsanalysten schätzen, dass etwa zwei Drittel der Morde von der organisierten Kriminalität begangen werden. Zwei Drittel der Tötungsdelikte im

Jahr 2023 wurden laut offiziellen Angaben mit Schusswaffen begangen. Die Behörden schätzen, dass rund 70 % der Schusswaffen, die bei Straftaten verwendet werden, aus den Vereinigten Staaten nach Mexiko geschmuggelt werden (HRW 16.1.2025). Die Drogenkriminalität in Mexiko hat in den letzten Jahren zugenommen. In einigen Regionen Mexikos ist die Kriminalitätsrate aufgrund von Kämpfen zwischen rivalisierenden organisierten Banden hoch. In diesen Gebieten besteht die Gefahr, in ein Kreuzfeuer zu geraten oder fälschlicherweise für ein Bandenmitglied gehalten zu werden (FCDO 8.9.2025).

Laut österreichischem Außenministerium gilt ein hohes Sicherheitsrisiko in den folgenden Gegenden:

- Grenzregionen zu den USA in den Bundesstaaten Baja California, Chihuahua, Coahuila, Nuevo Leon und Tamaulipas, insbesondere die Grenzstädte Tijuana und Ciudad Juárez.
- Ländliche Gebiete in den Bundesstaaten Baja California, Baja California Sur, Chiapas, Chihuahua, Coahuila, Colima, Durango, Guanajuato, Guerrero, Jalisco, Michoacán, Nuevo León, San Luis Potosí, Sinaloa, Sonora, Veracruz, Zacatecas (BMEIA 24.6.2025).

Politische Demonstrationen sind in Mexiko-Stadt häufig und können im ganzen Land stattfinden. Demonstrationen können angespannt, konfrontativ und potenziell gewalttätig sein. Zuschauer können schnell in die Ereignisse hineingezogen werden (FCDO 8.9.2025).

Quellen:

- BMEIA – Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (24.6.2025): Reiseinformation Mexiko, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/mexiko>, Zugriff 12.9.2025
- FCDO – Foreign, Commonwealth and Development Office [Vereinigtes Königreich] (8.9.2025): Foreign travel advice – Mexico – Safety and Security, <https://www.gov.uk/foreign-travel-advice/mexico/safety-and-security>, Zugriff 12.9.2025
- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Mexiko, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120101.html>, Zugriff 1.9.2025

4. Rechtsschutz / Justizwesen

Der Oberste Gerichtshof SCJN (Supreme Court of Justice of the Nation) galt in den letzten Jahren als weitgehend unabhängig, doch unter López Obrador wurden mehrere Richter ernannt, die als regierungsnah gelten, was Bedenken hinsichtlich seiner Unabhängigkeit aufkommen ließ. López Obrador hat auch zugegeben, während seiner Amtszeit Druck auf Entscheidungen des SCJN ausgeübt zu haben. Ende 2023 ernannte López Obrador direkt ein Mitglied der Morena-Partei und die ehemalige Abgeordnete, Lenia Batres Guadarrama, zum Mitglied des SCJN, nachdem der Senat keine Zweidrittelmehrheit für die von ihm nominierten Kandidaten erreichen konnte (FH 2025).

Im September 2024 verabschiedeten die Gesetzgeber eine umfassende Justizreform, die vom damaligen scheidenden Präsidenten López Obrador vorangetrieben wurde und vorsieht, dass alle Richter, einschließlich Magistrate, Richter des SCJN und Mitglieder des TEPJF (Electoral Tribunal of the Federal Judiciary), gewählt statt ernannt werden. Nach der Reform wird der SCJN statt bisher 11 nur noch 9 Richter haben. Während Berufsrichter bei der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität unterschiedliche Erfolge erzielten, äußerten Beobachter tiefe Besorgnis, dass die Reform die Unabhängigkeit der Justiz gefährden könnte. Mit der Reform werden Kandidaten für Richterämter, die festgelegte Kriterien erfüllen, von Ausschüssen bewertet und ausgewählt. Die Richter werden dann in allgemeinen Wahlen unter Aufsicht des Obersten Gerichtshofs (INE; Suprema Corte de Justicia de la Nación) gewählt, wobei die ersten Wahlen im Juni 2025 stattfinden sollen. Viele Mitglieder dieser Ausschüsse haben enge Verbindungen zu Morena. Die Reform sieht auch vor, dass Richter in Fällen von organisierter Kriminalität zu ihrem Schutz anonym bleiben können, obwohl diese Bestimmung von internationalen Organisationen als Verstoß gegen den Grundsatz eines ordnungsgemäßen Verfahrens kritisiert wurde. Es bestehen weiterhin große Bedenken, ob das Verfahren dazu führen wird, dass gewählte Richter den politischen Parteien gegenüber loyal sind (FH 2025).

Das Strafrechtssystem ist äußerst ineffektiv. Die Staatsanwaltschaft versäumt es, die überwiegende Mehrheit der Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Missbräuche durch staatliche Sicherheitskräfte und schwerer Straftaten wie Mord und Verschleppungen, wirksam zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen oder anderweitig für Rechenschaft zu sorgen. Nur 16 % der strafrechtlichen Ermittlungen wurden im Jahr 2022 vor Gericht, durch Mediation oder durch eine Form der Entschädigung abgeschlossen. Die Opfer haben oft Schwierigkeiten, eine Rechenschaftspflicht durchzusetzen. Diejenigen, die eines Verbrechens beschuldigt werden, sind regelmäßig schweren Misshandlungen ausgesetzt, darunter Folter und übermäßige Untersuchungshaft (HRW 16.1.2025).

Lange Untersuchungshaft war ein Problem, und die Behörden ließen nicht immer unverzüglich diejenigen frei, die unrechtmäßig inhaftiert worden waren. Das Gesetz sieht Fristen und Bedingungen für die Untersuchungshaft vor, aber die Bundesbehörden halten diese Fristen und Bedingungen manchmal nicht ein. Die Fallzahlen übersteigen bei weitem die Kapazitäten des Bundesgerichtssystems. Missbräuche der Fristen für die Untersuchungshaft sind in den Justizsystemen der Bundesstaaten weit verbreitet (USDOS 12.8.2025).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 1.9.2025

- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Mexiko, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120101.html>, Zugriff 1.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128449.html>, Zugriff 1.9.2025

5. Sicherheitsbehörden

Die Strafverfolgungskapazitäten haben sich aufgrund erhöhter Sicherheitsausgaben und einer Professionalisierung verbessert, jedoch liegen Berichte über Korruption innerhalb der Polizei und die Verwicklung von Polizeibeamten in kriminelle Aktivitäten vor. Im Allgemeinen sind die Gehälter der Polizeibeamten niedrig, sie sind anfällig für Korruption und erhalten weniger Ausbildung als ihre Kollegen in den USA. Die mexikanische Regierung hat 2019 die Bundespolizei (Policía Federal, PF) aufgelöst und die Nationalgarde (Guardia Nacional) gegründet, deren Aufgaben, Zusammensetzung und Mandat sich je nach mexikanischem Bundesstaat unterscheiden. Die Nationalgarde ist nicht autark und stützt sich bei der Wahrnehmung von Polizeiaufgaben und Sicherheitsfunktionen sowie bei der Bekämpfung organisierter krimineller Gruppen auf die Armee (SEDENA) und die Marine (SEMAR). Die Nationalgarde setzt sich aus Personal der SEDENA, der SEMAR und der aufgelösten Bundespolizei sowie aus neuen Rekruten zusammen, denen es manchmal an Erfahrung und Ausbildung mangelt (OSAC 15.4.2025).

Die Generalstaatsanwaltschaft (Fiscalía General de la República, FGR) ist für die Ermittlung und Verfolgung von Bundesverbrechen zuständig. Die Staatsanwaltschaft (Fiscalía General de Justicia del Estado, FGE) jedes Bundesstaates/jeder Stadt überwacht die Ermittlung und Verfolgung von Verbrechen auf Landes- und lokaler Ebene. Das Innenministerium (Secretaría de Gobernación, SEGOB) beaufsichtigt die mexikanische Einwanderungsbehörde (INAMI), deren Beamte das Recht haben, mutmaßliche Ausländer ohne Papiere festzunehmen und ohne formelles Ausweisungsverfahren abzuschieben. Die Polizei auf Landesebene (Policía Estatal) geht gemeinsam mit der Stadtpolizei gegen Straftaten vor und unterstützt die Staatsanwaltschaft bei der Durchführung von Ermittlungen. Die Landespolizei in den Grenzstaaten verfügt über Spezialeinheiten, die bei Entführungen und anderen sensiblen Ermittlungen mit dem FBI zusammenarbeiten. Die Landespolizei untersteht dem Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates. Die Stadtpolizei (Policía Municipal) ist in vielen, aber nicht allen Gemeinden hauptsächlich für Patrouillen und die Verbrechensprävention zuständig (OSAC 15.4.2025).

Das mexikanische Militär ist für die Verteidigung der Unabhängigkeit, Integrität und Souveränität Mexikos sowie für die innere Sicherheit, Katastrophenhilfe, humanitäre Hilfe und sozioökonomische Entwicklung zuständig. Im Mittelpunkt stehen dabei Aufgaben der inneren Sicherheit, insbesondere die Bekämpfung des Drogenhandels und organisierter krimineller Gruppen sowie die Grenzkontrolle und Einwanderungskontrolle. Die Verfassung wurde 2019

geändert, um dem Präsidenten die Befugnis zu erteilen, die Streitkräfte zum Schutz der inneren und nationalen Sicherheit einzusetzen, und die Gerichte haben die Rechtmäßigkeit der Rolle der Streitkräfte bei Strafverfolgungsmaßnahmen zur Unterstützung der zivilen Behörden bis 2028 bestätigt. Das Militär sorgt auch für die Sicherheit strategischer Einrichtungen wie der Ölförderinfrastruktur und verwaltet die meisten Land- und Seehäfen sowie die Zollbehörden des Landes sowie eine staatliche Entwicklungsbank. Darüber hinaus hat [der frühere] Präsident López Obrador das Militär mit einer wachsenden Zahl von Infrastrukturprojekten beauftragt, wie dem Bau und Betrieb eines neuen Flughafens für Mexiko-Stadt und Abschnitten einer Eisenbahnlinie im Südosten des Landes (CIA 26.8.2025).

Die Regierung unternimmt glaubwürdige Schritte, um Beamte, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, zu identifizieren und zu bestrafen. Dennoch bleiben Straflosigkeit und extrem niedrige Strafverfolgungsquoten ein Problem für alle Straftaten, einschließlich Menschenrechtsverletzungen. Medienberichten zufolge waren einige Regierungsbeamte mit internationalen kriminellen Banden unter einer Decke, und die Strafverfolgungs- und Verurteilungsquoten für Missbräuche, an denen diese Beamten beteiligt waren, waren niedrig (USDOS 12.8.2025).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (26.8.2025): The World Factbook - Mexico, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/mexico/#introduction>, Zugriff 1.9.2025
- OSAC - Overseas Advisory Council [USA] (15.4.2025): Mexico Country Security Report, <https://www.osac.gov/Country/Mexico/Content/Detail/Report/8f3ac9f0-a827-455f-bf61-1c4142378221>, Zugriff 1.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128449.html>, Zugriff 1.9.2025

6. Folter und unmenschliche Behandlung

Das Bundesgesetz verbietet Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung sowie die Zulassung von Geständnissen, die durch unrechtmäßige Mittel erlangt wurden, als Beweismittel vor Gericht. Trotz dieser Verbote gibt es Berichte, wonach Sicherheitskräfte Gefangene misshandelten. Darüber hinaus wurden laut Angaben des Nationalen Registers für Folterverbrechen grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung sowie sexuelle Ausbeutung durch Regierungsbeamte in Haftanstalten gemeldet (USDOS 12.8.2025).

Zivilgesellschaftliche Gruppen berichteten, dass Folter eine weit verbreitete Praxis ist. Nach offiziellen Angaben des Nationalen Registers für Folterverbrechen, das Informationen von der Bundesregierung und 28 der 32 Bundesstaaten sammelte, wurden vom 1.1. bis zum 30.6.2024 1.465 Ermittlungen wegen Folterverbrechen eingeleitet (USDOS 12.8.2025). Behörden wenden

häufig Folter an, um Geständnisse zu erzwingen und Informationen zu erhalten. In der jüngsten Umfrage unter Inhaftierten, die vom mexikanischen Statistikamt im Juli 2021 durchgeführt wurde, gab fast die Hälfte der Befragten an, nach ihrer Festnahme von Polizisten oder Soldaten körperlich misshandelt worden zu sein. Von denjenigen, die ein Verbrechen gestanden hatten, gaben 38 % an, dies nur getan zu haben, weil die Behörden sie geschlagen oder bedroht hatten (HRW 16.1.2025).

Zivilgesellschaftliche Organisationen gaben an, dass Personen in Migrationshaft Fälle grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung gemeldet hatten, darunter die Ausgabe verdorbener Lebensmittel, sensorische Deprivation und Schlafunterbrechungen aufgrund von ständig eingeschaltetem Licht. Laut dem Nationalen Register für Folterverbrechen wurden von Januar bis Juli 2.044 Fälle grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung in Haftanstalten registriert. Zivilgesellschaftliche Gruppen berichten auch über sexuellen Missbrauch während der Haft (USDOS 12.8.2025).

Militärangehörige wurden auch 2024 für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht, die möglicherweise außergerichtlichen Hinrichtungen gleichkamen und in der Regel ungestraft blieben (AI 29.4.2025). Es gab mehrere Berichte, wonach Regierungsstellen oder deren Vertreter im Laufe des Jahres 2024 willkürliche oder rechtswidrige Tötungen begangen haben sollen. Die meisten Berichte über willkürliche Tötungen betrafen Fälle, in denen Militär- und Polizeikräfte auf Fahrzeuge oder Gebäude geschossen hatten, was zu zivilen Opfern führte, teilweise während sie sich in Feuergefechte mit kriminellen Akteuren verwickelt hatten. Die meisten Vorfälle führten nicht zu strafrechtlichen Anklagen. Willkürliche Tötungen konnten nur schwer erfolgreich strafrechtlich verfolgt werden (USDOS 12.8.2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): Amnesty Report 2024/25: Zur Lage der Menschenrechte weltweit; Mexiko 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124801.html>, Zugriff 1.9.2025
- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Mexiko, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120101.html>, Zugriff 1.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128449.html>, Zugriff 1.9.2025

7. Korruption

Korruption durchdringt alle Ebenen des Staates: Von der Polizei über die Justiz bis hin zur Politik sind Vetternwirtschaft, Bestechung und illegale Absprachen verbreitet (Gradido 2025). Der Korruptionsindex 2024 von Transparency International zeigt mit nur 26 von 100 Punkten (Gradido 2025; vgl. TI 2025, TE 2025) den schlechtesten Wert in Mexikos Geschichte (Gradido 2025; vgl. TE 2025) – das Land gilt als das korrupteste der OECD (Gradido 2025).

Korruption unter Beamten ist nach wie vor ein ernstes Problem. Trotz des relativ umfassenden Rahmenwerks zur Korruptionsbekämpfung in Mexiko mangelt es an der Umsetzung, und es herrscht weiterhin ein hohes Maß an Straflosigkeit. Die Milliarden Dollar an illegalen Drogengeldern, die jedes Jahr aus den Vereinigten Staaten ins Land fließen, haben ebenso wie der grassierende Betrug bei öffentlichen Aufträgen und andere Formen der Veruntreuung staatlicher Gelder tiefgreifende Auswirkungen auf die Politik. Die schwachen Kapazitäten von Polizei und Justiz schränken die Möglichkeiten zur Strafverfolgung von Regierungsbeamten ein (FH 2025).

Die Regierung des ehemaligen Präsidenten López Obrador hat die Bekämpfung der Korruption zu ihrem Mantra gemacht, und eine Reihe prominenter Persönlichkeiten aus der Regierung von Enrique Peña Nieto, dem unmittelbaren Vorgänger von López Obrador, wurden wegen Korruptionsvorwürfen angeklagt oder verhaftet. Kritiker bezeichneten die Antikorruptionsbemühungen von López Obrador jedoch als politisiert und insgesamt ineffektiv, da sie nur zu wenigen Verurteilungen geführt haben. Ermittlungen gegen Verbündete der Regierung und bevorzugte Institutionen waren selten oder oberflächlich (FH 2025).

Die neue Präsidentin Mexikos, Claudia Sheinbaum, hat angekündigt, die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung verschärfen zu wollen. Internationale Analysten sehen allerdings die Gefahr, dass Mexikos schwaches Justizsystem und der unkontrollierte politische Einfluss die Beseitigung der Korruption weiterhin stark behindern werden (laverdadnoticias 12.2.2025).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 1.9.2025
- Gradido (2025): Mexiko - Korruption und Kriminalität, <https://gradido.net/de/countries/mexico/corruption-and-crime/>, Zugriff 1.9.2025
- Laverdadnoticias.com (12.2.2025): Mexico Falls in Global Corruption Index, but Sheinbaum Sees Progress, <https://laverdadnoticias.com/news/mexico-falls-in-global-corruption-index-but-sheinbaum-sees-progress-20250212>, Zugriff 19.9.2025
- TE - Trading Economics (2025): Mexiko - Korruptionsindex, <https://de.tradingeconomics.com/mexico/corruption-index>, Zugriff 1.9.2025
- TI - Transparency International (2025): Corruption Perceptions Index 2024, <https://www.transparency.org/en/cpi/2024/index/mex>; Zugriff 1.9.2025

8. Wehrdienst und Rekrutierungen

Freiwilliger Wehrdienst kann mit 18 Jahren angetreten werden (16 Jahren mit elterlicher Zustimmung); dies gilt für Männer und Frauen; die Wehrpflicht für Männer besteht ab einem Alter von 18 Jahren; die Auswahl für den Dienst erfolgt durch Losverfahren. Die Dauer der Wehrpflicht beträgt zwölf Monate. Die Ausgewählten dienen samstags in einem Batallón del Servicio Militar Nacional (Bataillon des Nationalen Militärdienstes), das sich ausschließlich aus Wehrpflichtigen

des Servicio Militar Nacional (SMN) mit einer Dienstzeit von zwölf Monaten zusammensetzt. Wehrpflichtige bleiben bis zum Alter von 40 Jahren in der Reserve. Kadetten, die ab dem Alter von 15 Jahren an Militärschulen eingeschrieben sind, gelten als Angehörige der Streitkräfte. Alleinstehende Männer und Frauen im Alter von 18 bis 30 Jahren können sich freiwillig zur Nationalgarde melden (Stand 2024). Im Jahr 2023 stellten Frauen etwa 10 % der aktiven Soldaten der Armee, Luftwaffe und Marine und etwa 14 % der Nationalgarde (CIA 26.8.2025).

Quellen:

- CIA - Central Intelligence Agency [USA] (26.8.2025): The World Factbook - Mexico, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/mexico/#introduction>, Zugriff 1.9.2025

9. Allgemeine Menschenrechtslage

Zu den bedeutenden Menschenrechtsproblemen gehörten laut glaubwürdigen Berichten: willkürliche oder rechtswidrige Tötungen; Verschleppungen; Folter oder grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung; willkürliche Festnahmen oder Inhaftierungen; schwerwiegende Einschränkungen der Meinungs- und Medienfreiheit, einschließlich Gewalt oder Gewaltandrohungen gegen Journalisten und die Androhung oder Durchsetzung strafrechtlicher oder zivilrechtlicher Schritte, um die Meinungsäußerung einzuschränken sowie Gewalt oder Drohungen gegen Gewerkschaftsaktivisten oder Gewerkschaftsmitglieder (USDOS 12.8.2025). Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Protestierende laufen in Mexiko nach wie vor Gefahr, kriminalisiert, gewaltsam angegriffen und getötet zu werden. Angehörige des Militärs und der Nationalgarde begehen weiterhin ungestraft Menschenrechtsverletzungen und möglicherweise auch außergerichtliche Hinrichtungen. Fälle des Verschwindenlassens gaben Anlass zur Sorge, und es wurde befürchtet, dass die Regierung das Ausmaß des Problems herunterspielt. Nach wie vor wurden Menschen willkürlich in Haft genommen. Migranten, die an der Grenze zu den USA auf einen Termin bei der Einwanderungsbehörde warteten, sahen sich zunehmend gefährlichen Bedingungen ausgesetzt. Indigene und afromexikanische Bevölkerungsgruppen wurden verfassungsmäßig anerkannt (AI 29.4.2025).

Mexiko ist eines der gefährlichsten Länder der Welt für Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Vom 1.12.2018 bis zum 31.3.2024 registrierte die mexikanische Niederlassung der britischen Menschenrechtsorganisation „Article 19“ 3.408 Angriffe oder Drohungen gegen Journalisten, 46 getötete Journalisten und vier verschwundene Journalisten (HRW 16.1.2025). Die Sicherheitslage für Journalisten ist in Mexiko nach wie vor äußerst prekär. Reporter, die sich mit Polizeithemen, Drogenhandel und Korruption in der Verwaltung befassen, sind einem hohen Risiko körperlicher Gewalt ausgesetzt. Nach Angaben der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) wurden 2024 in Mexiko sieben Journalisten getötet, von denen einer ursprünglich 2020 als vermisst gemeldet worden war.

Journalisten wurden aufgrund ihrer Arbeit auch entführt, bedroht und als Geiseln genommen. Trotz mehrerer Verurteilungen in prominenten Fällen von ermordeten Journalisten in den letzten Jahren bleiben etwa 90 % der Fälle von getöteten Journalisten ungelöst. Banden haben Blogger und Online-Journalisten, die über das organisierte Verbrechen berichten, bedroht und Gewalt gegen sie ausgeübt. Die Selbstzensur hat zugenommen, und viele Zeitungen in Gewaltgebieten vermeiden es, Artikel über das organisierte Verbrechen zu veröffentlichen. Der Bundesmechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten (MFPPDDHP) innerhalb des Innenministeriums hat Hunderte von Aktivisten und Reportern erfolgreich geschützt und ihnen sichere Unterkünfte, Panikknöpfe und Leibwächter zur Verfügung gestellt. Der Mechanismus ist jedoch unterfinanziert und hat sich nicht immer als wirksam erwiesen. Die Medien sind von staatlichen Werbeeinnahmen und Subventionen abhängig, was eine kritische Berichterstattung einschränken kann (FH 2025).

Die Verfassung garantiert das Recht auf friedliche Versammlung. Proteste sind häufig, obwohl politische und zivile Meinungsäußerungen in einigen Regionen eingeschränkt sind und die Polizei häufig übermäßige Gewalt anwendet und Demonstranten willkürlich festnimmt. In den letzten Jahren haben Sicherheitskräfte sexuelle Gewalt als Mittel der Unterdrückung gegen weibliche Demonstranten eingesetzt (FH 2025).

Obwohl NGOs sehr aktiv sind, stoßen sie manchmal auf gewaltsamen Widerstand. Umweltaktivisten und Vertreter indigener Gruppen, die sich gegen groß angelegte Infrastrukturprojekte wehren, sind besonders gefährdet (FH 2025).

Zwangsvertreibung hat viele, auch ländliche, Gemeinden betroffen. In einem Datenblatt vom September 2024 berichtete das Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), dass zunehmende kriminelle Gewalt und Landstreitigkeiten zu Binnenvertreibungen geführt hatten. Das UNHCR zitierte Daten der mexikanischen Kommission für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte für die ersten elf Monate des Jahres 2023, in denen 42 Vorfälle registriert wurden, durch die mindestens 10.850 Menschen vertrieben wurden. Später im Jahr 2024 berichtete das UNHCR über groß angelegte Vertreibungen in mehreren Bundesstaaten zwischen August und Oktober aufgrund krimineller Gewalt (FH 2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): Amnesty Report 2024/25: Zur Lage der Menschenrechte weltweit; Mexiko 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124801.html>, Zugriff 3.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 1.9.2025

- HRW - Human Rights Watch (16.1.2025): World Report 2025 - Mexiko, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2120101.html>, Zugriff 1.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (12.8.2025): 2024 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2128449.html>, Zugriff 1.9.2025

10. Haftbedingungen

Die Bedingungen in Gefängnissen und Haftanstalten sind oft hart und lebensbedrohlich. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Legal Assistance for Human Rights waren einige Bundes- und Staatsgefängnisse stark überbelegt. Der Bundesstaat Mexiko wies mit 242 % der Kapazität die höchste Überbelegungsrate auf. Berichten zufolge verlegen die Behörden Personen ohne vorherige Ankündigung und ohne die Möglichkeit für Gefangene oder Familienangehörige, gegen die Verlegung Einspruch zu erheben, von einem Gefängnis in ein anderes. Weibliche Insassen gaben an, dass sie nach ihrer Verlegung in ein Gefängnis im Bundesstaat Morelos keine Besuche mehr empfangen konnten. Die CNDH [Nationale Menschenrechtskommission] und der Nationale Mechanismus berichteten über Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen in diesem Gefängnis, insbesondere hinsichtlich ihrer Rechte auf körperliche und geistige Gesundheit, und empfahlen den Gefängnisbehörden, die Gefängnispopulation zu reduzieren und den Insassen angemessene Ressourcen für Gesundheit, Bildung, Arbeit und Bewegung zur Verfügung zu stellen. Der Zugang zu Schlaf- und medizinischen Bereichen ist eingeschränkt (USDOS 23.4.2024).

Zivilgesellschaftliche Organisationen gaben an, dass Personen in Migrationshaft von Fällen von Drohungen und erniedrigender Behandlung (USDOS 23.4.2024; vgl. SiPaz 11.2023), verdorbenen Lebensmitteln, allgemein schlechten Bedingungen und sensorischer Deprivation, Entzug lebenswichtiger Bedürfnisse und Schlafstörungen aufgrund von ständig eingeschalteter Beleuchtung berichteten (USDOS 23.4.2024).

Die Regierung gestattet eine unabhängige Überwachung der Haftbedingungen durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die CNDH und staatliche Menschenrechtskommissionen (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- SiPaz - Servicio Internacional para la Paz (11.2023): FOKUS: Willkürliche Verhaftungen, häufige Praxis, Schmerz und Ungerechtigkeit in Mexiko, <https://www.sipaz.org/fokus-willkuerliche-verhaftungen-haeufige-praxis-schmerz-und-ungerechtigkeit-in-mexiko/?lang=de>, Zugriff 3.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107784.html>, Zugriff 3.9.2025

11. Todesstrafe

Mexiko ist „Abolitionist for all crimes“, die Todesstrafe ist gesetzlich seit 2005 nicht erlaubt und wird nicht angewendet (AI 2025). Mexiko hat im Dezember 2005 die Todesstrafe formell abgeschafft. Die entsprechende Verfassungsänderung trat einen Tag vor dem internationalen Tag der Menschenrechte mit der Veröffentlichung im Gesetzesblatt in Kraft. Das Parlament hatte der Abschaffung der Todesstrafe bereits im Juni 2005 zugestimmt. Die Todesstrafe hatte in den letzten Jahrzehnten davor ohnehin nur noch auf dem Papier bestanden. Seit 1961 wurde in Mexiko niemand mehr hingerichtet (RP 10.12.2005).

Quellen:

- AI - Amnesty International (2025): Death penalty map, <https://amnestywebsite.github.io/amnesty-death-penalty/?lang=en>, Zugriff 3.9.2025
- RP - Rheinische Post (10.12.2005): Todesstrafe in Mexiko abgeschafft, https://rp-online.de/politik/todesstrafe-in-mexiko-abgeschafft_aid-16985833, Zugriff 3.9.2025

12. Religionsfreiheit

Die Verfassung garantiert allen Menschen das Recht auf Religionsfreiheit, einschließlich des Rechts, religiöse Zeremonien und Gottesdienste abzuhalten (USDOS 26.6.2024). Mexikanische Gesetze verbieten Diskriminierung aufgrund von Religion (FH 2025). Die Verfassung erklärt das Land zu einem säkularen Staat. Gemäß der Verfassung genießen indigene Gemeinschaften einen rechtlichen Schutz, der ihnen ein gewisses Maß an Selbstverwaltung ermöglicht, um ihre eigenen „Gebräuche und Sitten“ auszuüben, wobei jedoch die Voraussetzung gilt, dass die Gesetze im Einklang mit den Menschenrechtsgarantien der Verfassung und den internationalen Übereinkommen, denen das Land beigetreten ist, angewendet werden müssen (USDOS 26.6.2024).

Im Laufe des Jahres 2023 wurden zwei Morde an Priestern sowie mehrere Angriffe auf, Drohungen gegen und Entführungen von Priestern und Pastoren gemeldet. Regierungsbeamte und Führungskräfte der römisch-katholischen Kirche erklärten weiterhin, dass die Angriffe Ausdruck der allgemeinen hohen Gewaltbereitschaft im ganzen Land sind und keinen religiösen Hintergrund haben. Die Nichtregierungsorganisation Catholic Multimedia Center (CMC) meldete zwischen Oktober 2022 und Oktober 2023 landesweit 800 Fälle von Erpressung und Drohungen gegen Priester. Das CMC bezeichnete Mexiko als eines der gewalttätigsten Länder für Priester und berichtete von mehr als 40 Morden an Priestern in den letzten zehn Jahren. Laut CONAPRED [Nationaler Rat für Diskriminierungsprävention] schienen die Gewalttaten gegen religiöse Führer nicht ausschließlich auf deren religiöse Identität zurückzuführen zu sein. Einige Nichtregierungsorganisationen gaben an, dass Kartelle und andere kriminelle Gruppen weiterhin katholische Priester und andere religiöse Führer ins Visier nehmen, weil diese kriminelle Aktivitäten

verurteilten und von den Gemeinden als moralische Autoritäten angesehen wurden (USDOS 26.6.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 1.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (26.6.2024): 2023 Report on International Religious Freedom: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2111921.html>, Zugriff 2.9.2025

13. Minderheiten

Das mexikanische Recht verbietet Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion und sexueller Orientierung (FH 2025), und eine Verfassungsreform vom September 2024 hat den Schutz indigener und afro-mexikanischer Gemeinschaften verankert (FH 2025; vgl. AI 29.4.2025). Diese Verfassungsänderung erkennt den indigenen Völkern und afro-mexikanischen Gemeinschaften das Recht auf Selbstbestimmung und freie, vorherige und informierte Konsultation zu (AI 29.4.2025).

Dennoch genießen Mexikaner mit hellerer Hautfarbe im Vergleich zu Indigenen und anderen Gruppen, darunter Afro-Mexikaner, erhebliche soziale Vorteile. Die große indigene Bevölkerung ist sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt, und etwa 77 % der Indigenen leben in Armut. Die südlichen Bundesstaaten mit einem hohen Anteil an indigenen Einwohnern leiden unter unzureichenden Dienstleistungen (FH 2025). Zivilgesellschaftliche Organisationen äußern sich besorgt über die Auslassung bestimmter Rechte, wie beispielsweise des Rechts auf Territorium, was strukturelle Ungleichheiten verstärkt und die Umsetzung der Reform erschweren kann. NGOs berichteten im Jahr 2024 über Binnenvertreibungen indigener Menschen aufgrund von Gewalt in den Bundesstaaten Michoacán (mindestens 110 indigene Menschen), Chihuahua (251 indigene Menschen) und Chiapas (mindestens 8.190 Vertriebene, von denen die meisten indigener Herkunft waren). Etwa 600 Menschen aus Chiapas flohen über die Grenze nach Guatemala, um dort Schutz zu suchen (AI 29.4.2025).

Mexiko hat eine große indigene Bevölkerung, und indigene Menschen und Gruppen können sich frei an der Politik beteiligen. In einigen Bundesstaaten gibt es Bestimmungen zur Einbeziehung der Bräuche indigener Gemeinschaften bei der Wahl von Führungskräften, allerdings nur für lokale Behörden. In der Praxis sind indigene Menschen in politischen Institutionen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Die kleine afro-mexikanische Bevölkerung Mexikos ist in der nationalen Politik ebenfalls unterrepräsentiert, obwohl sie in der Verfassung anerkannt ist. Für die Wahlen im Juni 2024 waren die Parteien verpflichtet, Quoten für die Einbeziehung von Kandidatinnen zu erfüllen, und Kongresskandidaturen wurden an indigene, afro-mexikanische, behinderte und LGBT+-Personen vergeben (FH 2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): Amnesty Report 2024/25: Zur Lage der Menschenrechte weltweit; Mexiko 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124801.html>, Zugriff 2.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 2.9.2025

14. Relevante Bevölkerungsgruppen

14.1. Frauen

Das Gesetz gewährt Frauen denselben rechtlichen Status und dieselben Rechte wie Männern sowie „gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei gleichen Tätigkeiten, Arbeitszeiten und Leistungsbedingungen“. Die Regierung setzt das Gesetz jedoch nicht wirksam durch. Frauen verdienen in der Regel deutlich weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Frauen sind häufiger Diskriminierung in Bezug auf Löhne, Arbeitszeiten und Sozialleistungen ausgesetzt. Afro-mexikanische und indigene Frauen berichten von struktureller Ungleichheit in ihrem Alltag. Stellenanzeigen, in denen das gewünschte Geschlecht, Alter, Familienstand und Elternstatus angegeben werden, sind weit verbreitet (USDOS 23.4.2024).

Sexueller Missbrauch und häusliche Gewalt gegen Frauen sind in Mexiko weit verbreitet, und Straffreiheit für die Täter ist die Regel (FH 2025). Sexuelle Gewalt und Femizide sind ebenfalls häufig, und es fehlt an angemessenen Ermittlungen zu diesen Verbrechen (AI 29.4.2025). Die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt waren bislang weitgehend wirkungslos. Die Umsetzung eines Gesetzes aus dem Jahr 2007, das Frauen vor solchen Verbrechen schützen soll, verläuft weiterhin schleppend. Laut offiziellen Statistiken wurden bis November 2024 733 Femizide registriert; einigen nichtstaatlichen Quellen zufolge dürfte die tatsächliche Zahl jedoch weit höher liegen (FH 2025). Laut dem Exekutivsekretariat des Nationalen Systems für öffentliche Sicherheit wurden im Jahr 2024 etwa 3.427 Frauen ermordet; 829 dieser Morde wurden als Femizide eingestuft (AI 29.4.2025).

Die Regierung hat einige Anstrengungen unternommen, um Gewalt zu bekämpfen und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, aber die Regierung López Obrador hat die Mittel für Frauenhilfsdienste gekürzt, und der ehemalige Präsident hat Feministinnen oft als Verbündete der politischen Opposition abgetan. Der von der amtierenden Regierung Sheinbaum vorgeschlagene Haushalt für 2025 sieht Kürzungen für Initiativen zu Frauenfragen vor, darunter Programme zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (FH 2025). Die Behörden veröffentlichten Dekrete zur Förderung der Rechte von Frauen und Mädchen. Am 18.1.2024 trat das Dekret zur Reform des Allgemeinen Gesetzes über den Zugang von Frauen zu einem Leben ohne Gewalt in Kraft, das darauf abzielt, Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bestrafen (AI 29.4.2025).

Abtreibung ist seit einigen Jahren ein umstrittenes Thema. In einem wegweisenden Urteil aus dem Jahr 2021 erklärte der SCJN (Supreme Court of Justice of the Nation – Oberster Gerichtshof) Gesetze, die Abtreibung unter Strafe stellen, für verfassungswidrig. In einem Urteil vom September 2023 wurde festgestellt, dass Gesetze, die Abtreibungen verbieten, verfassungswidrig sind, die Rechte der Frauen verletzen und aus dem Strafgesetzbuch des Bundes gestrichen werden müssen. Obwohl das Urteil Abtreibungen landesweit vollständig entkriminalisierte, änderte es nichts an den Gesetzen auf lokaler Ebene, und Abtreibungen sind in vielen Bundesstaaten weiterhin illegal. Das Urteil verpflichtete jedoch die staatlichen Gesundheitsdienste und -einrichtungen des Landes, landesweit Abtreibungsbehandlungen anzubieten, selbst in Bundesstaaten, in denen der Eingriff weiterhin illegal ist (FH 2025). Die Bundesstaaten Chiapas, Estado de México, Jalisco, Michoacán, Puebla, San Luis Potosí und Zacatecas verabschiedeten Gesetze zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Gerichtsurteile in den Bundesstaaten Yucatán und Nayarit verpflichteten die lokalen Kongresse zur Verabschiedung von Gesetzen zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, deren Umsetzung jedoch noch aussteht. Bis zum Jahresende 2024 war Abtreibung in 19 von 32 Bundesstaaten legal und in zwei Bundesstaaten war die Entkriminalisierung im Gange (AI 29.4.2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): Amnesty Report 2024/25: Zur Lage der Menschenrechte weltweit; Mexiko 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124801.html>, Zugriff 1.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 8.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107784.html>, Zugriff 9.9.2025

14.2. Kinder

In Mexiko sind 26 % der Bevölkerung unter 14 Jahre alt. Rund 6 % der Kinder zwischen 5 und 17 Jahren sind von Kinderarbeit betroffen. Viele brechen die Schule ab, um zu arbeiten. Es gibt auch Umweltprobleme, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Der Zugang zu sauberem Wasser ist problematisch, und das Land ist mit Problemen der Abfallwirtschaft, Erosion, Wüstenbildung und Entwaldung konfrontiert, die die natürlichen Ressourcen bedrohen, von denen die Bevölkerung abhängig ist. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien sind oft die ersten, die die Auswirkungen dieser Probleme zu spüren bekommen. Häusliche Gewalt ist in Mexiko nach wie vor ein besorgniserregendes Thema. Mehr als die Hälfte der Kinder zwischen 1 und 14 Jahren wurde zu Hause körperlich und / oder psychisch bestraft. Im Jahr 2014 wurde ein Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen verabschiedet. Mexikanische Kinder leiden oft unter ihrem Gesundheitszustand und dem mangelnden Zugang zu medizinischen Leistungen. Im Jahr 2020 starben 30.080 Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Auch Unterernährung ist ein Problem. 5 % der

Kinder unter fünf Jahren sind untergewichtig. Nicht nur der Zugang zu Wasser, sondern auch zu medizinischen Einrichtungen und zu richtiger Ernährung gibt Anlass zu großer Sorge (SOS o.D.).

Das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung liegt bei 18 Jahren. Die Durchsetzung ist jedoch in den einzelnen Bundesstaaten uneinheitlich. Mit Zustimmung eines Richters können Kinder auch in jüngerem Alter heiraten. Laut einer Untersuchung der Nachrichtenagentur *La Lista* aus dem Jahr 2022 wurden zwischen 2010 und 2021 mindestens 153.000 Kinderehen geschlossen. Am 15.3.2023 verabschiedete der Senat ein Gesetz, das Zwangsheirat von Kindern unter Strafe stellt und eine Freiheitsstrafe von bis zu 22 Jahren vorsieht. Am 26.4.2023 reformierten die Bundesstrafrechtsbehörden das Bundesstrafgesetzbuch, um die Zwangskonkubinate von Minderjährigen und Menschen mit geistiger Behinderung zu verbieten, mit Freiheitsstrafen von acht bis 15 Jahren und möglicherweise höheren Strafen, wenn das Opfer als indigen oder afro-mexikanisch identifiziert wurde (USDOS 23.4.2024).

Mexiko ist ein wichtiges Herkunfts-, Transit- und Zielland für Menschenhandel, darunter auch Frauen und Kinder, von denen viele Zwangsarbeit und sexueller Ausbeutung ausgesetzt sind. Organisierte kriminelle Banden sind in Mexiko und in den Vereinigten Staaten am Menschenhandel beteiligt (FH 2025).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 8.9.2025
- SOS - SOS Kinderdorf (o.D.): SOS-Kinderdörfer in Mexiko, <https://www.sos-kinderdorf.at/sohilft-sos/wo-wir-helfen/amerika/mexiko>, Zugriff 8.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107784.html>, Zugriff 9.9.2025

14.3. Homosexuelle/Sexuelle Minderheiten

LGBT+-Personen genießen einen starken rechtlichen Schutz, der jedoch ungleichmäßig durchgesetzt wird (FH 2025). Im April 2024 wurden Änderungen des Strafgesetzbuches und des Allgemeinen Gesundheitsgesetzes verabschiedet, die sogenannte „Konversionstherapien“ verbieten (AI 29.4.2025).

Mexiko hat Schritte in Richtung Gleichstellung von LGBT+-Personen unternommen, obwohl weiterhin erhebliche kulturelle und rechtliche Hindernisse bestehen. Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs (SCJN) aus dem Jahr 2015 hob staatliche Gesetze auf, die den Zweck der Ehe als Fortpflanzung definierten. Die Gesetzgeber in den Bundesstaaten Guerrero und Tamaulipas stimmten Ende 2022 für die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe und waren damit die letzten der 32 Bundesstaaten Mexikos, die diesen Schritt vollzogen. Seit 2024 erlauben 23 Bundesstaaten die Änderung der Geschlechtsidentität in Ausweisdokumenten (FH 2025).

Insbesondere Transgender-Frauen sind Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt (FH 2025). Das Jahr 2024 war eines der gefährlichsten für Transgender-Frauen, mit mindestens 59 von den Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeldeten Femiziden an Transgender-Frauen. Nach Angaben der Organisation Transgender Europe aus dem Jahr 2024 war Mexiko 2023 nach Brasilien das zweitgefährlichste Land der Welt für Transgender-Personen (AI 29.4.2025).

Quellen:

- AI - Amnesty International (29.4.2025): Amnesty Report 2024/25: Zur Lage der Menschenrechte weltweit; Mexiko 2024, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2124801.html>, Zugriff 12.9.2025
- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 12.9.2025

15. Bewegungsfreiheit

Gesetzlich ist die Freiheit der innerstaatlichen Bewegung, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung vorgesehen, und die Regierung respektiert diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024). Die Bürger können ihren Wohnort, ihren Arbeitsplatz und ihre Ausbildung gesetzlich frei wählen (FH 2025).

Die Kriminalität beeinträchtigt die Bewegungsfreiheit in weiten Teilen des Landes erheblich. In bestimmten Gebieten überwachen und beschränken kriminelle Gruppen die Bewegungsfreiheit (FH 2025; vgl. USDOS 23.4.2024). In Konfliktgebieten wie Michoacán und Guerrero ist es unsicher, bestimmte von kriminellen Gruppen kontrollierte Gebiete zu durchqueren. Es kommt auch häufig vor, dass kriminelle Gruppen Straßen blockieren. Bürger berichten, dass sie sich auf Autobahnen unsicher fühlen und nach Einbruch der Dunkelheit Straßen in vielen ländlichen Gebieten meiden (FH 2025). Kriminelle Gruppen dominierten die Schleuserkriminalität und entführten, bedrohten und erpressten Migranten häufig, um sie zur Zahlung einer Gebühr für die Erleichterung ihrer Reise in den Norden zu zwingen (USDOS 23.4.2024).

Quellen:

- FH - Freedom House (2025): Freedom in the World 2025 - Mexico, <https://freedomhouse.org/country/mexico/freedom-world/2025>, Zugriff 12.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107784.html>, Zugriff 12.9.2025

16. Grundversorgung und Wirtschaft

Mit einer Bevölkerung von fast 130 Millionen Menschen, einer reichen Kulturgeschichte, großer Vielfalt und einer günstigen geografischen Lage mit reichhaltigen natürlichen Ressourcen zählt Mexiko zu den fünfzehn größten Volkswirtschaften der Welt und ist die zweitgrößte in Lateinamerika. Das Land verfügt über starke makroökonomische Institutionen, eine offene

Handelspolitik und eine diversifizierte Produktionsbasis, die in globale Wertschöpfungsketten integriert ist (WB 23.4.2025).

In den letzten drei Jahrzehnten blieb Mexiko in Bezug auf Wachstum, Inklusion und Armutsbekämpfung hinter ähnlichen Ländern zurück. Zwischen 1980 und 2022 wuchs die Wirtschaft durchschnittlich um etwas mehr als 2 % pro Jahr, was den Fortschritt beim Schließen der Lücke zu den Volkswirtschaften mit hohem Einkommen begrenzte (WB 23.4.2025). Das Wirtschaftswachstum Mexikos dürfte 2025 zum Stillstand kommen, nachdem es sich bereits 2024 auf 1,5 % Wachstum verlangsamt hat (WKO 14.5.2025; vgl. WB 23.4.2025), bevor es sich bis 2027 allmählich auf 1,8 % erholt – was immer noch unter der durchschnittlichen Wachstumsrate der letzten drei Jahre liegt (WB 23.4.2025). Dies ist vor allem auf die Zollpolitik Präsident Trumps und die dadurch verursachte Volatilität in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern (WKO 14.5.2025), die bevorstehende Überarbeitung des USMCA (United States–Mexico–Canada Agreement) und die erwartete Abkühlung der US-Wirtschaft zurückzuführen (WB 23.4.2025).

Die angesichts der Zolltarife vorgezogenen Käufe und Importe der USA dürften einen noch stärkeren Einbruch des Wachstums bislang verhindert haben. Rund 80 % der mexikanischen Exporte gehen in die USA und rund 50 % der mexikanischen Importe kommen von dort. Mexiko ist mit einem Anteil von rund 14 % am US-Importvolumen nach wie vor und noch vor China der wichtigste Handelspartner der USA (WKO 14.5.2025).

Die Arbeitslosenquote bei 15-64-Jährigen lag im Jahr 2015 bei 4,3 % und im Jahr 2024 bei 2,7 %. Die Jugendarbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen lag im Jahr 2015 bei 8,5 %, im Jahr 2024 bei 5,5 % (WKO 9.2025).

Die offizielle multidimensionale Armutsquote in Mexiko, die neben der Einkommensarmut sechs Indikatoren für soziale Benachteiligung bewertet, sank von 43,2 % im Jahr 2016 auf 36,3 % im Jahr 2022, wodurch 5,4 Millionen Menschen aus der Armut befreit wurden, was hauptsächlich auf die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich der Erhöhung des Mindestlohns, zurückzuführen ist (WB 23.4.2025).

Quellen:

- WB - Worldbank (23.4.2025): Mexico Overview, <https://www.worldbank.org/en/country/mexico/overview>, Zugriff 8.9.2025
- WKO - Wirtschaftskammer Österreich (9.2025): Länderprofil Mexiko, <https://www.wko.at/statistik/laenderprofile/lp-mexiko.pdf>, Zugriff 8.9.2025
- WKO - Wirtschaftskammer Österreich (14.5.2025): Wirtschaftslage: Mexiko, <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/mexiko-wirtschaftslage>, Zugriff 9.9.2025

17. Medizinische Versorgung

Das Gesundheitswesen in Mexiko ist im weltweiten Vergleich leicht überdurchschnittlich entwickelt. Die wohl wichtigste Kennzahl, mit der sich die Effizienz aller Maßnahmen zusammenfassen lässt, ist die allgemeine Lebenserwartung. Also das theoretische Alter, das ein heute Neugeborenes potenziell erreichen wird. Im Moment liegt dieses Alter in Mexiko für Männer bei 72,2 und für Frauen bei 77,8 Jahren. Zum Vergleich: Weltweit liegt die Lebenserwartung etwa 1,6 Jahre niedriger (Männer: 71,0 / Frauen: 75,8 Jahre). Insgesamt wird pro Einwohner eine Summe von 601,41 Euro veranschlagt, die jährlich für gesundheitliche Maßnahmen ausgegeben wird. Dies entspricht circa 5,7% des Bruttoinlandsproduktes. International liegt dieser Betrag bei durchschnittlich 1.141,54 Euro (~ 9,9% des jeweiligen BIP) (Laenderdaten.info 8.2025).

Die medizinische Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser in Mexiko ist im Vergleich zur Weltbevölkerung unterdurchschnittlich. Pro 1000 Einwohner stehen im Land 1,0 Krankenhausbetten zur Verfügung. Der weltweite Mittelwert liegt hier bei 3,3 Betten. Innerhalb der EU stehen 5,3 Betten für jeweils 1000 Einwohner zur Verfügung. Mit rund 335.000 ausgebildeten Ärzten in Mexiko stehen pro 1000 Einwohner rund 2,56 Ärzte zur Verfügung. Auch hier wieder der Vergleich: Weltweit liegt dieser Standard bei 1,71 Ärzten pro 1000 Einwohnern und in der EU sogar bei 4,12 (Laenderdaten.info 8.2025).

Einkommensungleichheit und Armut stellen anhaltende Herausforderungen für die Gesundheit breiter Bevölkerungsschichten dar. In der OECD weist Mexiko die höchste Einkommensungleichheit auf, wobei Armut die Landbevölkerung unverhältnismäßig stark betrifft. Insbesondere indigene Völker (ca. 12 % der Bevölkerung) und Menschen, die sich als Afro-Nachfahren bezeichnen (1 % der Bevölkerung), sind mit unverhältnismäßig großen gesundheitlichen Herausforderungen konfrontiert (WHO 2020).

Speziell in den ärmeren Gegenden fehlen Pflegekräfte und Fachärzte; Verschärft wird dieser Mangel unter anderem durch Engpässe in der Ausbildung, durch die Frühverrentung im öffentlichen Sektor und die Zunahme chronischer Krankheiten, die zunehmend fachärztliche Kompetenzen erfordern. Auch das Ungleichgewicht bei den Ressourcen betrifft insbesondere ländliche Gebiete und Kleinstädte, wo Unsicherheit und mangelnde Infrastruktur ständige Probleme darstellen. Beim Aufbau einer systemweiten Gesundheitsinformationsplattform und bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für die arme Landbevölkerung durch Telemedizin konnten gewisse Fortschritte erzielt werden (WHO 2020).

Neben dem Mangel an Fachkräften ist auch der Zugang zu Technologie und innovativen Medikamenten für Krankenhäuser erschwert, wobei dieses Problem wegen der raschen Zunahme chronischer Krankheiten noch verschärft wird (WHO 2020).

Gesundheitliche Ungleichheiten zeigen sich im mangelnden Zugang zur Sozialversicherung, von dem im Jahr 2020 52 % der Bevölkerung betroffen waren, sowie zu Gesundheitsdienstleistungen (28,2 %), was einen deutlichen Anstieg gegenüber 2016 darstellt, als dieser Anteil noch bei 15,6 % lag (EO 19.9.2025).

Gesundheitsdienstleistungen werden über folgende drei Hauptinstitutionen erbracht: das Gesundheitsministerium (MoH), das Institut für soziale Sicherheit (IMSS) und das Institut für soziale Sicherheit und Dienstleistungen für Staatsbedienstete (ISSSTE). IMSS und ISSSTE sind Sozialversicherungsträger, die für die Gesundheitsversorgung des formellen privaten Arbeitssektors sowie der Beschäftigten des Bundes und der Bundesstaaten und ihrer Familien zuständig sind. Das MoH erbringt Dienstleistungen für die einkommensschwache Bevölkerung und Personen ohne Sozialversicherungszugehörigkeit. Mit IMSS-Bienestar, einem Programm, das vom IMSS im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt wird, bietet das Gesundheitsministerium insbesondere der ländlichen und städtischen Bevölkerung in extremer Armut ein begrenztes Leistungspaket an, das über eine vom IMSS getrennte Infrastruktur bereitgestellt wird (EO 11.7.2025). IMSS Bienestar stellt medizinische Versorgung, Medikamente und andere Unterstützung kostenlos zur Verfügung und ist derzeit in 23 Staaten der Republik (Anm: von insgesamt 32) präsent (imss-bienestar 2025). Imss-bienestar folgte 2023 auf die älteren Systeme Seguro Popular (bis 2020) und INSABI (Instituto de Salud para el Bienestar; Institut für Gesundheit und Wohlfahrt; 2020-2022) (Pie Pagina 9.5.2023).

Daneben finanzieren die Regierungen der Bundesstaaten die Gesundheitsversorgung ihrer Beamten in erster Linie über ihre eigenen Sozialversicherungsträger oder über Vereinbarungen mit ISSSTE oder IMSS; individuelle Versicherungsfonds gibt es für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie das Militär, die Marine und den Ölkonzern Petróleos Mexicanos (PEMEX), die jeweils die Gesundheitsversorgung ihrer Angehörigen und Mitarbeiter finanzieren und bereitstellen (WHO 2020; vgl. MMN o.D.).

Trotz der genannten öffentlichen Sozialversicherungsprogramme stieg der Anteil privater Dienstleistungen an der gesamten ambulanten Versorgung von 38 % im Jahr 2006 auf 66 Prozent im Jahr 2022 (Mexico Business News 10.10.2023), dies deshalb, um Zugangsbarrieren zu umgehen oder Zugang zu qualitativ hochwertigeren Dienstleistungen zu erhalten (WHO 2020).

Quellen:

- EO - European Observatory on Health Systems and Policies (11.7.2025): Health Systems in Action; Mexico, 2024 Edition, <https://www.ecoi.net/en/file/local/2127573/9789289059909-eng.pdf>, Zugriff 19.9.2025
- Laenderdaten.info (8.2025): Gesundheitssystem in Mexiko, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/Mexiko/gesundheit.php>, Zugriff 8.9.2025
- IMSS Bienestar (2025): IMSS Bienestar. Servicios Publicos de salud, <https://imssbienestar.gob.mx/index.html>, Zugriff 19.9.2025
- Mexico Business News (10.10.2023): IMSS-Bienestar / Universal Healthcare, <https://mexicobusiness.news/policyandeconomy/news/imss-bienestar-universal-healthcare>, Zugriff 19.9.2025
- MMN - Medicalmissionnetwork (o.D.): Das Gesundheitssystem Mexikos, <https://www.medicalmissionnetwork.net/das-gesundheitssystem-mexikos-2/>, Zugriff 9.9.2025
- Pie Pagina (9.5.2023): La transición del Insabi al IMSS-Bienestar: construir sobre las ruinas de la privatización, <https://piedepagina.mx/la-transicion-del-insabi-al-imss-bienestar-construir-sobre-las-ruinas-de-la-privatizacion/>, Zugriff 19.9.2025
- WHO - World Health Organization. Regional Office for Europe. European Observatory on Health Systems and Policies (2020): Mexico: Health System Review, <https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/334334/HiT-22-2-2020-eng.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, Zugriff 19.9.2025

18. Rückkehr

Gesetzlich ist die Freiheit der innerstaatlichen Bewegungsfreiheit, Auslandsreisen, Auswanderung und Rückführung vorgesehen, und die Regierung respektiert diese Rechte im Allgemeinen (USDOS 23.4.2024).

Rund 14.000 Personen sind gemäß Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum seit Trumps Amtseinführung nach Mexiko abgeschoben worden. Darunter hätten sich etwa 11.000 Mexikaner befunden und rund 3.000 Personen mit anderer Staatsbürgerschaft. Um die erwartete Welle von Abschiebungen aufzufangen und die Wiedereingliederung der nach Mexiko Zurückgekehrten zu gewährleisten, hat die Regierung die Strategie "México Te Abrazo" (Mexiko umarmt dich) aufgelegt. Unter anderem sind die 51 Konsulate im Nachbarland verstärkt worden. Außerdem wurden zehn Auffangzentren entlang der Grenze zu den USA eröffnet. Dort sollen Personen, die deportiert wurden, Zugang zu Sozialsystemen und Beratung sowie ein Begrüßungsgeld von rund 100 Euro erhalten (amerika21 25.2.2025).

Quellen:

- amerika21 (25.2.2025): "Mexiko umarmt dich": Staatliche Hilfsprogramme für Deportierte aus USA gestartet, <https://amerika21.de/2025/03/274008/mexiko-abschiebungen-aus-usa>, Zugriff 12.9.2025
- USDOS - U.S. Department of State [USA] (23.4.2024): 2023 Country Reports on Human Rights Practices: Mexico, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2107784.html>, Zugriff 12.9.2025